

Umweltschutz Wirtschaft



Glauben Sie mir, auch mir liegt der Artenschutz SEHR am Herzen!

Aber ich bin ja nicht nur für eine intakte Umwelt, sondern auch für eine intakte Gesellschaft verantwortlich! *



Deshalb plädiere ich für folgende Lösung:

Gewährleistung der Arterhaltung durch sofortiges Einfrieren zweier Exemplare jeder wichtigen Art, da der Einfluß notwendiger wirtschaftlicher Maßnahmen auf den Tierbestand oft erst im Nachhinein kalkulierbar wird.



Um entsprechende Lebendgefrieranlagen-Entwicklung haben sich bereits namhafte Konzerne beworben!

Jene Gefrieranlagen sollen mit ihrem kostbaren Inhalt auf einem hochmodernen, sozusagen bombensicheren U-Boot untergebracht werden - einer Art zeitgemäßer Arche Noah. Auch für den U-Boot-Bau gibt es bereits qualifizierte Pläne kompetenter Anbieter!




PERFEKT! Herrlich!

SCHWEINEREI!

wir protestier'n!

wir auch!

BRAYO!!



Schauen Sie, dieser kleine Entwurf beweist: Umweltschutz und eine starke Wirtschaft gehen Hand in Hand! *

* Zitat aus Rio

© AVR

Welche Zukunft wollen wir?



Seit dem Erdgipfel in Rio de Janeiro vor 20 Jahren haben sich die weltweiten Krisen verschärft. Beim Gipfel Rio+20 soll nun „Green Economy“ die Rettung bringen.

Im Juni treffen sich in Rio für drei Tage Staats- und Regierungschefs, um die Welt vom ökologischen Kollaps zu retten. Ein so wichtiges Treffen braucht natürlich einen hochtrabenden Titel und darum geht es in Rio um nicht weniger als „The future we want“, also die Zukunft, die wir wollen. Beschlossen wurde die Konferenz, nachdem die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 grandios gescheitert war. Dementsprechend ist eines der Ziele für diesen Gipfel, das politische Engagement für die nachhaltige Entwicklung zu erneuern. Ebenso sollen Fortschritte und Defizite auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung bewertet werden.

Darüber beim Treffen Rio+20 zu sprechen, bietet sich an – zwei Jahrzehnte nach dem ersten Rio-Gipfel und 40 Jahre nach der ersten UN-Konferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm, die als Beginn der globalen Umweltdiplomatie gilt. Viel Freude wird bei der Suche nach geglückter nachhaltiger Entwicklung allerdings nicht aufkommen, denn wohin man auch schaut, sieht die Lage düster aus: Der Klimawandel hat sich beschleunigt, der jährliche Ausstoß von Kohlendioxid eilt von Rekordmenge zu Rekordmenge. Das Artensterben nimmt weiter zu und mehrere tausend Tier- und Pflanzenarten verschwinden jährlich von der Erde, wie die Weltnaturschutzunion schätzt. Die jährliche Waldzerstörung ist immer noch gravierend, selbst wenn sie sich reduziert hat. Trinkwasser und Böden werden übernutzt. Die Weltwirtschaft ist derweil massiv gewachsen und hat den Lebensstandard weiter Teile der Weltbevölkerung erhöht. Gleichzeitig hat sich die Schere zwischen Arm und Reich geöffnet: Nie lebten mehr Reiche auf der Welt, aber immer noch leben zu viele Menschen in extremer Armut - die Zahl der Hungernden ist in den letzten 20 Jahren auf fast eine Milliarde Menschen gestiegen (1). Von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit also keine Spur.

Zauberformel Green Economy

Da es wenig Spaß macht, sich intensiv mit dem eigenen Scheitern zu beschäftigen, verwundert es nicht, dass die Verantwortlichen mit einem neuen Konzept aufwarten, das die Wende bringen soll. „Green Economy“ heißt die Zauberformel der

Vor zwanzig Jahren zeichnete Annette von Richthofen anlässlich des Erdgipfels in Rio de Janeiro diesen Cartoon für das ROBIN WOOD-Magazin. Mit der Aussage eines Regierungschefs: „Umschutz und eine starke Wirtschaft gehen Hand in Hand“ war das Scheitern einer echten nachhaltigen Entwicklung schon damals vorprogrammiert

Stunde, das die Gipfelvorbereitung dominiert und die Wende zur Nachhaltigkeit bringen soll. Ähnlich wie die Nachhaltigkeit ist dies ein vager Begriff, den verschiedene Akteure in ihrem jeweiligen Sinne interpretieren. Der folgende Artikel von Daniel Mittler führt dies weiter aus.

Wie viel Zeit bleibt?

Ein erster Entwurf der Abschlusserklärung von Rio wurde im Januar veröffentlicht und unter verschiedenen Aspekten kritisiert: Obwohl die verschiedenen Krisen, mit denen wir es zu tun haben, korrekt analysiert werden, scheinen die Verfasser der Meinung zu sein, dass die Menschheit alle Zeit der Welt habe, um die Probleme zu lösen – was, milde ausgedrückt, im Lichte der tatsächlichen Dringlichkeit der Probleme erschreckt. Dementsprechend wird massiv auf freiwillige Selbstverpflichtungen gesetzt, statt auf rechtlich verbindliche Maßnahmen. Und nachdem die Staaten ihr ganzes Geld zur Rettung von Banken und Währungen verwenden, setzen sie voll blinden Vertrauens auf Investitionen des Privatsektors, um die große Transformation zu finanzieren. Ebenfalls kritisieren Umwelt-, Entwicklungs- und globalisierungskritische Organisationen einen weiteren Trend, für den sich das Riodokument stark macht: Dabei geht es darum, dass natürliche Ressourcen (etwa Wald, Boden, Biodiversität) in „Naturkapital“ verwandelt werden soll, das handelbar wird und in Finanzmarktprodukte umgebaut werden kann (2). Eine Begründung hierfür ist, dass so zusätzliche Mittel etwa für den Schutz der Biodiversität locker gemacht werden sollen und auch Finanzminister und Finanzakteure anfangen würden, sich z.B. für Naturschutz zu interessieren. Die Befürworter dieser Methoden blenden dabei aus, dass die Vermarktung von Naturressourcen die Gefahr ihres Ausverkaufs birgt. Auch die bisherigen Erfahrungen mit Marktmechanismen wie dem Kohlenstoffhandel belegen nicht, dass dies vielversprechende Instrumente zur Rettung der Welt seien. Statt Selbstverpflichtungen der Industrie, Privatsektorinvestitionen und handelbarem Naturkapital bleiben wohl doch eher klare Gesetze und Methoden wie Umweltsteuern und Abbau umweltschädlicher Subventionen bessere Ansatzpunkte. Und dazu eine große Dosis weg vom Wachstum, hin zur Suffizienz.

Regine Richter ist Biologin in Berlin

1) Jens Martens „Rio+20 Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012“ terre des hommes, Global Policy Forum, Februar 2012
2) <http://klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org/2012/01/17/welche-zukunft-wollen-wir-der-zero-draft-fur-rio20/>



Foto: argus/Raupach

Für eine glaubwürdige grüne Wirtschaft müssten Überkapazitäten der globalen Fischereiflotte beendet, ein internationales Abkommen für Meeresschutzgebiete auf hoher See auf den Weg gebracht und Meeresschutzgebiete weltweit eingeführt werden, die 40 Prozent der Ozeane abdecken

Vorwärts zur Green Economy?

Die Nachhaltigkeitsdebatte hat einen neuen Begriff – und bleibt vor allem eine Machtfrage.

Ein neues Gespenst geht um in der internationalen Politik. Es heißt „Green Economy“. Je nach Meinung ist es ein Monster, das eine egoistische Interessenpolitik der Industrieländer verschleiert, ein Engel, der uns endlich Entwicklung und eine saubere Umwelt bringt oder eine Maus, die zwar ganz niedlich ist, aber ohne großes Gewicht.

Die Green Economy gilt als das Thema von Rio+20, dem nächsten großen Nachhaltigkeitsgipfel im Juni 2012. Aber schon der Beschluss der UN Generalversammlung zu Rio+20 illustriert, wie umstritten dieser Begriff ist. In Rio wird nämlich nicht einfach die Green Eco-

nomy verhandelt, sondern: „die Grüne Wirtschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“. Ein typisches Ergebnis von Verhandlungen. Was diese Phrase genau bedeutet, wird ein Rätsel bleiben – beziehungsweise von hunderten Akteuren unterschiedlich interpretiert werden. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, UNEP, das den Begriff sehr stark geprägt hat, bemüht sich, die Green Economy als nachhaltige Entwicklung darzustellen. Andere UN-Institutionen wollen diesen neuen Green Economy Begriff natürlich nicht UNEP alleine überlassen. Zum Beispiel hat die Handelsorganisation der UN, UNCTAD, ein eigenes Manifesto für

Rio+20 veröffentlicht, das eine „development-led green economy“ einfordert, also eine grüne Wirtschaft, die vor allem Entwicklung voranbringt. Geschickt wird dabei der Begriff positiv aufgegriffen – und gleichzeitig suggeriert, die „anderen“, die ihn verwenden, würden nicht ausreichend auf Entwicklungsinteressen achten. Diese Skepsis ist unter Entwicklungsakteuren verbreitet. Martin Khor, als Chef des von Entwicklungsländern finanzierten South Centre, identifiziert mindestens vier Risiken, die dem Green Economy Diskurs seiner Ansicht nach innewohnen:

- dass es nur die Umwelt und nicht Entwicklung im Blick hat

- dass es einen „one size fits all“ Ansatz wählt, das heißt dieselben Politikvorschläge für alle Länder macht, ohne auf deren Unterschiede genügend einzugehen
- dass es als Deckmantel für protektionistische Interessen des Nordens benutzt wird, z.B. in dem Umweltstandards für Importe festgelegt werden
- dass die „Green Economy“ als neue Bedingung (conditionality) etabliert wird, die Entwicklungsländer erst erfüllen müssen, bevor sie Entwicklungshilfe oder Kredite erhalten können.

Die Nachhaltigkeitsdebatte hat einen neuen Begriff

Bolivien insbesondere sieht diese Punkte nicht nur als Risiko an, sondern als erwiesene Strategie der Industrieländer. Die Green Economy ist ihrer Meinung nach lediglich ein weiterer Schritt zur Vermarktung der Umwelt. „Die Marktisierung der Umwelt soll sie retten. Dies ist absolut falsch“, gab Pablo Solon für Bolivien im April 2011 bei der UNO zu Protokoll. Viele Akteure, zum Beispiel die OECD, definieren die Green Economy in der Tat rein ökonomistisch und definieren den Begriff zur neuen Wachstumsstrategie für alte Industrienationen um. Das mag ein Fortschritt gegenüber der vorherigen reinen „Wachstum über alles“-Politik sein, nährt aber auch Skepsis in Entwicklungsländern. Die OECD erklärt beispielsweise zu Fischerei, Wäldern und Landwirtschaft, dass „klar definierte property rights“ ein essentieller Teil einer „Begrünung“ dieser Sektoren darstellt. Eine gefährliche Analyse, denn dies liefe auf eine Privatisierung von z.B. Fischbeständen hinaus. Diese privilegiert in Wahrheit genau die – großen, reichen und gut vernetzten – Akteure, die heute für die Plünderung unserer Meere verantwortlich sind.

Noch mehr Misstrauen aber als OECD-Studien schüren Äußerungen zur Green Economy von Ländern, die offensichtlich weder auf einem grünen noch nachhaltigen Pfad sind. Für Kanada, zum Beispiel, scheint die Green Economy nicht mehr als ein grün angestrichener Status Quo zu sein, das bestätigten auch ihre jüngsten Äußerungen im März 2012 bei der UNO.

Die, deren Interessen nicht leicht unter das Label „Green“ zu fassen sind, definieren die „Green Economy“ auch farblich anders: So gibt es viele Länder, die in Rio 2012 vor allem über die „Blue Economy“ reden wollen. Fiji, als Repräsentant der kleinen Inselstaaten, forderte dies z.B. bei der Vorbereitungskonferenz im März 2011. UN Generalsekretär Ban Ki-moon hat dem „blauen Teil“ der Green Economy ebenfalls seine Unterstützung signalisiert. Im August 2011 veröffentlichte er ein Papier, das den Schutz von Korallenriffen als ein Thema für Rio+20 unterstützt.

Aus dieser kurzen Übersicht ist schon erkenntlich: Der Begriff Green Economy wird so umstritten sein – und bleiben – wie es der Begriff nachhaltige Entwicklung seit über 25 Jahren ist. Es wird immer richtig sein, „Wessen Green Economy“? zu fragen. Wir müssen die Interessen, die jeder Definition von der Green Economy zugrunde liegen, kritisch hinterfragen.

Die Frage ist: Was gehört nicht zu einer Green Economy?

Eine entscheidende Frage um progressive Definitionen der Green Economy von schädlichen zu unterscheiden ist, ob sie eine klare Sprache dazu finden, was zu einer Green Economy nicht dazu gehören darf. Auch schon der Diskurs um nachhaltige Entwicklung hat zu oft suggeriert, dass es jeweils nur um ein „win win“ und ein „anders und besser“ geht. Die Wahrheit aber sieht anders aus: Wer eine grüne Ökonomie will, muss die schmutzige Ökonomie beenden. Punkt. Atomkraft, neue Kohlekraftwerke, Gentechnik, die globale Entwaldung und Überfischung sind einige der Dinge, die in einer grünen oder nachhaltigen Wirtschaft Geschichte sein müssen. Ebenso unkontrollierte Finanzspekulationen und eine Wirtschaft, die auf dem Prinzip des ewigen „Mehr und Mehr“ beruht! Auf dem Weg nach Rio sollten wir vor allem den Finger auf die Wunden legen und die Dinge klar benennen, für die Alternativen dringend notwendig – und vorhanden! – sind.

Um die Green Economy voranzubringen, müsste Rio+20 (und dies ist natürlich nur ein skizzenhafter Überblick):



RIO+20
United Nations
Conference on
Sustainable
Development

1. sich klar zu einer Energierevolution auf der Basis von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz bekennen. Dazu gehört auch, dass bis 2020 alle Menschen, die noch ohne Elektrizität leben, diese erhalten. Dafür wird ein massiver Ausbau dezentraler Erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern nötig sein.
2. beschließen, bis 2020 die globale Entwaldung zu stoppen. Dafür müssen die passenden nationalen Gesetze geschaffen werden, perverse Subventionen eingestellt und die Nachfrage, die Entwaldung antreibt, durch effektive Politikinstrumente reduziert werden.
3. Überkapazitäten der globalen Fischereiflotte beenden, ein internationales Abkommen, das Meeresschutzgebiete auf hoher See ermöglicht, auf den Weg bringen und Meeresschutzgebiet weltweit einführen, die 40 Prozent der Ozeane abdecken.
4. sicherstellen, dass die ökologische Landwirtschaft und Kleinbauern die nötige Unterstützung erhalten (direkt und durch Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen).
5. beschließen, innerhalb einer Generation die „Null-Einleitung“ von schädlichen Chemikalien weltweit zu erreichen.

Wessen Definition der Green Economy sich durchsetzen wird, bleibt vor allem eine Machtfrage. Wir werden unsere Vorschläge als Zivilgesellschaft nur durchsetzen können, wenn wir uns dessen bewusst sind. Wir brauchen nicht tausend neue Konzepte und Studien – wir brauchen vor allem mehr Durchsetzungsmacht für die bereits vorhandenen Alternativen. Werden wir den Rio+20 Prozess dazu nutzen?

Daniel Mittler ist Politischer Direktor von Greenpeace International. Eine frühere Version dieses Artikels erschien im Herbst 2011 im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de